Kamener Zeitung

Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Petitzeile 20 Pf., bei lokalen Anzeigen 15 Pf., Reklamezeile 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassarabatt und erlischt bei Nichteinhaltung unserer Zahlungs-Bedingungen sowie bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. Für die Aufnahme an bestimmt vorgeschriebenen Stellen wird keine Gewähr geleistet.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" Monatlicher Bezugspreis 90 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen. Geschäftsstelle Kamen, Weststr. 10. Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausführung telephonisch aufgegebener Anzeigen wird jede Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis.

Nr. 15 — Freitag, den 18. Januar 1918 — 46. Jahrgang

Die Oesterreicher für Kühlmann.

Kühlmann und Bülow.

Eine scharfe Sprache gegen den früheren deutschen Reichskanzler.

(W) In einer Besprechung der Vorgänge in Deutschland beschäftigt sich das Wiener „Fremdenblatt" mit in Berlin umgehenden Gerüchten, daß der frühere Reichskanzler von Bülow lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär von Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen und sagt: Soweit dies eine innere Angelegenheit Deutschlands ist, steht uns kein Recht zu, uns darüber zu äußern. Dies ist aber eine ausschließlich deutsche Angelegenheit; denn die beiden Monarchien sind miteinander verbunden wie siamesische Zwillinge, und der erste Friedensunterhändler Deutschlands hat auch die allergrößte Bedeutung für Oesterreich-Ungarn. Da muß es klar gesagt werden, daß in Oesterreich-Ungarn auch nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Kühlmann und Bülow keinen Vergleich ziehen können. Herr von Kühlmann genießt das volle uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichischen Regierung, sondern auch der Völker Oesterreich-Ungarns, die es ihm hoch anrechnen, daß er mit ebensoviel Zähigkeit wie Geschicklichkeit, gedeckt durch die Majorität des deutschen Reichstages, seinen Kurs auf einen baldigen ehrenvollen Frieden stetig einhält. Herr von Bülow genießt dieses Vertrauen nicht. Wir wollen keine alten Wunden aufreißen und nicht in ihnen wühlen, wir wollen nicht an die Zeiten innern des heftigen diplomatischen Kampfes mit Italien, der der Kriegserklärung dieses treulosen ehemaligen Verbündeten vorausging. Aber vergessen hat die damalige Phase niemand in Oesterreich, und in allen Kreisen der Monarchie besteht das Gefühl, daß Bülow damals durch das Ausbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung kein treuer Sekundant war. Wenn also heute von der oder jener Stelle im deutschen Reiche gesagt und verbreitet wird, Bülow würde auch bei den Verbündeten ein vollkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Version mit Nachdruck entgegengetreten werden. Fürst Bülow mag auf triftige Gründe hinweisen, die ihn für dieses verantwortliche Amt empfehlen, die Wünsche der Wiener Regierung muß er aus seinem Kalkül streichen.

Prinzipielles Einvernehmen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine.

(W) Im Laufe des Mittwoch-Vormittags versammelten sich die Delegationen der vier Verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär von Kühlmann gab in einer längeren Rede Ausdruck über den Stand der mit den russischen Vertretern in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. Infolge des Unwohlseins des Ministers des Aeußeren Grafen Czernin fand die für Mittwoch nachmittag angesetzte vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt.

Die eineinhalb Stunden lange Unterredung, welcher auch die deutsche Delegation beiwohnte, führte zur Anerkennung des prinzipiellen Einvernehmens über die künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hiermit dürfte ein entschiedener Schritt nach vorwärts getan sein.

Für Donnerstag ist die Fortsetzung dieser Besprechung anberaumt. Es sollen dann auch die wirtschaftlichen Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen vorbereitenden Gedankenaustausches wird die Detailbesprechung eintreten.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

(W) Am 15. Januar haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichischen und der russischen Kommission zur

Regelung der territorialen und politischen Fragen

stattgefunden, in denen der betreffenden Vereinbarung entsprechend in die geschäftliche Besprechung der 4 zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter Zurückstellung von Punkt 1 betreffend das Territorium eingetreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst an, auf die früher bereits besprochenen Punkte, der Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückgreifend, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, damit sie Gelegenheit hätten, ihre bestrittenen Rechte bezw. ihr Recht auf Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär von Kühlmann

gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, jedoch nur unter der schon früher festgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatsordnung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Daß an eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker begriffsmäßig sich von selbst anschließe, bedürfe eigentlich keiner näheren Ausführungen. Entweder die Herren kämen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann müsse zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, daß diese Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumtiv entstanden seien oder aber sie kämen als Privatleute und hätten dann bei dieser Besprechung nichts zu suchen.

Trotzki

erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner als notwendig bezeichneten Voraussetzungen einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien. Damit entfalle von selbst die wesentlichste Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlages.

Im Anschluß an diese Erörterungen stellte

Herr von Kühlmann

fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen, indem er hinzufügte, daß dieser Zustand an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlung führen müsse, da die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine bestätigende Volkskundgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedingungen dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebung als konstituierend oder konfirmierend anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen. Indem Herr Trotzki zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher verhandelten Gebiet wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, da nicht die seiner Ansicht nach erforderliche Voraussetzung für die Volksabstimmung gewährleistet, es für die praktische Lösung der Frage in der Tat gleichgültig sei, welche Organe von dieser oder jener Regierung in irgend einem vorhergehenden Zeitpunkt präsumtiv anerkannt worden seien. Folglich komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerungen der betreffenden Volksteile zu gewährleisten, und zur Sicherung der Bedeutung dieser Willensäußerungen sei es nötig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte.

Bei der Erörterung des von Herrn von Kühlmann gemachten Vorschlages, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmung in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens ein Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schnitt Herr

Trotzki

sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine grundlegenden Gründe vorlägen, das Schicksal der fraglichen Gebiete mit dem Verlauf und Weitergang des Krieges zu verknüpfen. Freilich wäre durch die Wiederherstellung des fraglichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf den anderen Fronten nicht ausgeschlossen, er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig einen bestimmten Termin nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär von Kühlmann

weist darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter dem Art. 1 der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierung fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Demobilisierung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen seitens der Verbündeten in diesem letzteren Punkte halte er nicht für ausgeschlossen, falls man in anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. Da doch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei, als nach Abschluß des allgemeinen Friedens, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die in Art. 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens rechnet. Weitere Sicherung als in Artikel 1 vorgesehen, könnte seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trotzki

erwiderte, daß in der Regelung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblickt werde.

Herr von Kühlmann

stellt fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsche, möglichst bald den durch den Krieg geschaffenen Zuständen ein Ende zu machen, wiederholte aber, daß es aus den dargelegten Gründen untunlich sei, die militärische Sicherung vorzeitig zu schwächen.

Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf 5 Uhr nachmittags vertagt.

Die Nachmittagssitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns angeführten Gründe vollkommen ausschlaggebender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgendwelcher Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zum zweiten zur Diskussion stehenden Punkt, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein, in wieweit die Freiheit der Abstimmung bezw. der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den bestehenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Absicht durchaus erfüllt, für die Abstimmung bezw. Wahl das größtmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum größten Teil mit eine militärische Frage. Der Raum, innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen könne, ist durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden muß, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil der militärisch organisierten Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedenklich die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wendet sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu. Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte Herrn von Kühlmanns, doch zum Thema zu sprechen, namentlich zu der Frage, unter welchen Bedingungen eine Abstimmung stattfinden könne, die nach der beiderseitigen Absicht als eine gültige und nicht durch militärischen Druck beeinflußten Willenskundgebung anzusehen sei, erklärte Herr Trotzki, er müsse sich erst über die Räumungsfrage völlig Klarheit verschaffen, da er sie jetzt noch nicht habe. Herr von Kühlmann erwiderte, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß durch die Erörterung vom Morgen die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt sei. Wenn das nicht der Fall sei, habe er nichts dagegen, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema weiter erörtere. Er könne keine Gewähr übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen werden. Es sei für jeden klar, daß selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie, zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherheitsdienst in diesen weiten und unsicheren Gebieten innerhalb des Zeitraumes, in dem die Abstimmung herbeigeführt werden könne, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß auf militärische Sicherung der Ordnung ganz verzichtet werden könne. Das Minimalprogramm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt. Zu einer Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit. Es würde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Vorsitzenden der russischen Delegationen innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Rahmens eine Abstimmung oder Wahl unmöglich sei, d. h., ob bei der Gegenwart einer bereits definierten geringen organisierten Kraft die Abstimmung oder Wahltätigkeit als frei vom militärischen Druck beobachtet werden könne oder nicht.

Herr Trotzki erklärte, er könne jetzt nicht die Fragen in dieser Gestalt beantworten, die für die Verhandlungen von praktischer politischer Bedeutung sein würden, und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörenden Fragen neben denjenigen von der Räumung der Truppen erst ein annäherndes Bild darüber werde verschaffen können, unter welchen Bedingungen die erwähnte Abstimmung verlaufen würde. Zunächst müßte er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht die Bedeutung der Abstimmung sehr schwer beeinträchtigen kann. In engem Zusammenhang mit den eben verhandelten Fragen stehe die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung stattfinden, wenn die Flüchtlinge und Evakuierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückkehren. Die in dem von der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegation eingereichten Schriftstück vorgesehene Formulierung erscheine ihm zu einschränkend.

Herr von Kühlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden, festzusetzen, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte den Herrn Vorredner, zur Erleichterung des Ueberblicks, das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Trotzki bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Ein russisches Ultimatum an Rumänien.

(W) Die PTA. meldet: Ultimatum des Rates der Volkskommissare an die rumänische Regierung. Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternahmen und keine Lebensmitteltransporte durchlassen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, und auch der Ausschuß des 195. Regiments und die österreichischen Offiziere, die zum Besuche der russischen Offiziere gekommen waren, verhaftet. Der Rat der Volkskommissare verlangt die Frei-

lassung der verhafteten Offiziere und die Bestrafung der militärischen Behörden, die die Verhaftung vorgenommen haben, und Sicherheiten dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet werden, und wir werden die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen.

gez. Lenin, Oberbefehlshaber Krylenko, Kriegsbevollmächtigter Kodwojski.

Zur Verhaftung des rumänischen Gesandten.

(W) Nach einem Telegramm der PTA. erfolgte die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamandi in der Nacht vom 14. zum 15. 1. wegen grausamer Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber russischen Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Veranlassung der französischen und englischen Botschaft zu Lenin, und die Kommissare gewährten die Freilassung auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßnahmen der Rumänen gegenüber den russischen Soldaten geben werde. Um drei Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen.

Bildung einer neuen russischen Republik.

(TU) Nach einer Meldung aus Haparanda erörtert man in politischen Kreisen Petersburgs nachdrücklichst die Bildung einer Republik Großrußland, die die mittleren und nördlichen Gouvernements umfassen soll. Die Frage soll auf dem Kongreß der demokratischen und der sozialistischen Organisationen behandelt werden, der am 21. Januar auf Anregung des Vollzugsausschusses der Sowjets in seiner ursprünglichen Zusammensetzung eröffnet wird. Der Vorschlag der Bildung einer neuen Republik geht von den Kreisen aus, die Kerenski und die provisorische Regierung unterstützten.

Der Bericht des Grossen Hauptquartiers.

W Großes Hauptquartier, 17. Jan. (Mitteilung der obersten Heeresleitung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte. Nördlich von Passchendaele, an der Scarpe, bei Vendhuille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front: Im Cernabogen dauerte die erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Abendbericht: Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der französische Bericht.

Bericht vom 16. Januar nachmittags: Auf dem rechten Maasufer Artilleriegefechte, im Elsaß Patrouillengefechte. — Abendbericht: Schwache Artillerietätigkeit an der ganzen Front. In der Gegend östlich von St. Die scheiterte ein feindlicher Handstreich auf einen unserer kleinen Posten völlig.

Der englische Bericht.

(W) Bericht vom 16. Januar abends: Außer der gewöhnlichen Artillerietätigkeit ist nichts von Bedeutung zu berichten. — Flugwesen: Im Anschluß an den sehr erfolgreichen Vorstoß nach Deutschland bei Tage am 14. 1. wurde ein weiterer in der Nacht vom 14. zum 15. 1. durchgeführt. Das Ziel waren in diesem Falle die Werke von Diedenhofen, wo eine Tonne Bomben abgeworfen wurde. Eine weitere halbe Tonne Bomben wurde auf zwei große Eisenbahnknotenpunkte bei Metz abgeworfen.

Neue englische Offensive?

(TU) Während Lloyd George, Belford, Churchill über die „Friedensziele der Westmächte" breitspurige Reden halten, spricht man in den englischen Armeekreisen von nichts anderem als von der „praktischen Anwendung der Ententebedingungen durch eine neue, gewaltige Offensive an der Westfront". „Der Frieden kann nur durch einen militärischen Erfolg erreicht werden, Verständigung gibt es nicht", so erklären die englischen Offiziere. Der Kriegsapparat Englands wird dementsprechend in größtem Maßstabe ausgebaut und den neuen Erfordernissen im Westen angepaßt.

Caillaux' angebliche Pläne.

(TU) Nach einem Agenturbericht aus Rom meldet der „Messagero": Aus den in Florenz aufgefundenen Akten geht hervor, daß Caillaux mit der Absicht umging, die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl wieder aufzunehmen, in Frankreich die religiösen Kongregationen wieder einzusetzen und alle den Krieg verfechtenden leitenden Männer auszuweisen. Er hätte sich ferner für die Rückkehr der Prinzen derjenigen Häuser verwendet, die früher in Frankreich regierten. Die französische Regierung sollte nach seinem Plan auch eine streng konservative Richtung erhalten und sich vielleicht sogar auf die Rückkehr der monarchistischen Staatsform vorbereiten. — Nach dem „Echo de Paris" habe Caillaux den Plan gehabt, seinen Freund Cecaldi zum Polizeipräsidenten zu machen, Fauvie habe zum Militärgouverneur von Paris ernannt werden sollen.

(W) „Giornale d'Italia" schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen D. Renouard und im Namen seiner Frau besaß, wurde letzte Woche geöffnet. Es enthielt 1. Schmucksachen im Werte von ungefähr einer halben Million, 2. russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1½ Millionen, und 3. drei private Aktenmappen. Die erste Mappe enthält unter dem Titel „Meine Ablehnung" Briefe, die zwischen Caillaux und einigen Züricher Persönlichkeiten gewechselt worden sind, die ihn dringend um Geld und Pässe bitten, um nach Frankreich gehen zu können. Caillaux lehnt beständig ab. — Die zweite Aktenmappe enthält die Briefe mehrerer französischer Zeitungsschriftsteller, besonders Almereydas. In allen diesen Papieren befindet sich keine Anspielung auf italienische Politiker oder Zeitungsschriftsteller oder auf italienische Angelegenheiten. — Die dritte Aktenmappe ist die umfangreichste, wichtigste und eindrucksvollste. Sie ist in drei Teile geschieden und enthält ein ausführliches merkwürdiges politisches Programm, das von Caillaux aufgezeichnet und unterschrieben ist und in Frankreich verwirklicht werden sollte. Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben und wäre eine wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen, eine Umwälzung und Umgestaltung der öffentlichen Gewalt und Aemter. Caillaux gibt die Namen der Deputierten, Senatoren und Generale an, die er in sein Ministerium berufen haben würde. Caillaux habe die Verhaftung Poincarees und aller derjenigen, die die Angelegenheiten Frankreichs jener Zeit geleitet haben, Briand eingeschlossen, angeordnet. Dieses Programm sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarrail anvertraut worden wäre, und zwei Sonderregimenter, aus korsischen Soldaten gebildet, nach Paris berufen werden sollten mit ihren Generalen, die Caillaux als seine ergebenen Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer ein Projekt genehmigen lassen, das Caillaux den „Rubikon" nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelt sich also um einen wirklichen Staatsstreich.

Verwegene Heldentaten unserer Radfahrer in Italien.

Die Radfahrer-Kompanie des Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 8 erhielt während des Vormarsches in Italien am 6. November den Auftrag, etwa zehn Kilometer seitlich von der Division ein Tal zu sperren, durch das sich der Gegner der Umklammerung zu entziehen suchte.

Ueber die Kämpfe, die sich an die Erfüllung dieses Auftrages schlossen, entwirft ein Teilnehmer folgende äußerst spannende Schilderung: „Bei Morgengrauen brachen wir Radfahrer aus unseren Quartieren auf, und wieder mal mußten wir an vielen Stellen, infolge der unvollkommenen Wege, die Räder tragen. So wurde es reichlich 10 Uhr vormittags, bis wir unser Vorposten erreichten.

Mit vorgeschobener Marschsicherung fuhren wir auf dem jetzt guten Wege durch das enge und felsige Chiarsotal. Leise gleiten die Räder dahin, jeder ist gespannt, was der nächste Augenblick bringt. Alle paar Minuten wird abgesessen, denn die Spitze muß erst mit scharfem Jägerauge das Vorgelände prüfen. Da begegnen uns drei Italiener. An einer Straßenbiegung sahen sie sich plötzlich unserer vorfahrenden Patrouille gegenüber, die ihnen kurz entschlossen die Gewehre vor die Brust hielt, so daß sie gefangen waren, ehe ihnen die Situation überhaupt klar wurde. Das war schon ein gutes Omen.

Weiter geht es vorwärts und bald muß unsere Spitze das breitere Medunatal erreicht haben, dem wir nach Norden folgen sollen. Da ertönen auch schon einige Gewehrschüsse. Wieder ist unsere Spitze auf einige Italiener gestoßen, geistesgegenwärtig hat sie das Gewehr aber schneller an der Backe gehabt als der Gegner und einige Schüsse haben ihn erledigt.

Die beiden Patrouillen lassen vermuten, daß der böse Feind nicht mehr weit ist. Vorsichtig will unsere Spitze aus dem Chiarsotal in das Medunatal einbiegen, da sieht sie auf dem Höhenplateau, über das unsere Straße uns führen soll, Kopf an Kopf erscheinen, und bald bedeutet uns Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, daß wir auf der Straße nicht weiter vor können. Aber wir haben neben uns einen bedeutend höheren Berg als das vom Italiener besetzte Plateau, und glücklicherweise scheint er dumm genug gewesen, diesen Berg freizulassen. Also schleunigst zwei Gruppen hinauf auf die steile Felswand.

Mit angestrengtem Klettern und Klimmzügen erreichen die braven Jäger die Bergspitze und sehen zu ihrer Freude etwa zwei Kompagnien Italiener vor sich auf dem Präsentierteller liegen. Bisher — 700 — Schützenfeuer! — Die Schüsse sitzen gut, der Feind dagegen schießt schlecht. Auf die Dauer wird ihm der Aufenthalt in seiner Stellung schon verleidet werden. Bald können wir auch mit Genugtuung feststellen, daß sich kleinere Abteilungen mit Verwundeten auf Tramonti di sotto zurückziehen. Als nun auch der Capitano, und zwar zu Pferde, seinen Rückzug antreten will, und ein wohlgezielter Schuß auf sein Pferd ihn zwingt, per pedes weiter zu laufen, da verliert auch der Rest der Besatzung den Kopf, und die Stellung leert sich bis auf einige, denen unsere guten Jägerbüchsen das Weitergehen für immer verboten hatten.

Nun so schnell wie möglich mit Kompanie und Rädern auf das vom Feind geräumte Plateau, um von dort unseren Zielpunkt, Tramonti di sotto, in Augenschein zu nehmen. Oben angelangt, hatten wir den verlockenden Anblick von Italienerkolonnen mit vielen Tragtieren, die dem Orte Tramonti di sotto zuströmten. Es schienen an Zahl sehr viele und wir waren im ganzen nur zirka 60 Mann stark. Trotzdem durften wir uns diesen Fang nicht entgehen lassen. Zur Sicherheit war festgestellt, daß eine von Süden anmarschierende österreichische Division in etwa 2 Stunden da sein mußte. Da sollten wir doch vorher unsere Aufgabe allein erledigen. Die Straße ging bergab; mit Freilauf hinuntersausen, vor dem Orte auseinander und von drei Seiten so überraschend darauf losgehen, daß der Feind garnicht übersehen kann, mit welcher „Riesenmacht er es zu tun hat. So war unser Plan, und Leutnant Geisel mit drei Gruppen übernahm die schneidige Ausführung.

In wenigen Minuten waren die Gruppen unten und erweckten durch Gewehrfeuer von allen Seiten einen Eindruck, der seine Wirkung nicht verfehlte. Zuerst erschienen kleine Trupps Italiener, mit erhobenen Händen ein komisch-klägliches Bild bietend. Allmählich aber wurde es eine Kolonne von beängstigender Größe, die sich aus dem Orte herauswälzte. Leutnant Geisel war inzwischen mit den Hauptdraufgängern schon auf dem Marktplatz erschienen und fuhr auf zirka 20 Offiziere, die in ihrer Ueberraschung recht erheiternd wirkten, los und brüllte sie an, sie sollten sich ergeben. In Unkenntnis über unsere Stärke gaben sie sich gefangen. Am jenseitigen Torsrande angelangt und durch zwei weitere Gruppen verstärkt, hatten die Jäger binnen kurzem einen feindlichen Gegenstoß zu bestehen. Damit kam der kritische Moment, und wenn ihn die Riesenzahl der Gefangenen, die uns in ihrer Masse auch ohne Waffen totdrücken konnten, so wären wir verloren gewesen. Glücklicherweise wirkte aber das Strichfeuer des Gegenangriffs nur beschleunigend auf den Abtransport der Kolonnen. In Angst um ihr Leben liefen die Gefangenen eiligst in der angewiesen Richtung.

Schneidig griff die Kompanie Italiener den von uns besetzten Torsrand an. Offiziere voraus mit dem Rufe „Avanti!" Aber unsere Jäger schossen ruhiger und sicherer und das Abschießen der Führer legte den Angriff lahm. Nach blutigen Verlusten ergaben sich auch diese Gegner. Zwei weitere Gegenstöße erfuhren das gleiche Schicksal.

Einige Abteilungen versuchten, uns durch Schwenken mit weißen Tüchern und gleichzeitiges Schießen in eine Falle zu locken. Nachdem sie hierfür aus unseren Gewehren die richtige Antwort erhalten hatten, gaben auch sie den Widerstand auf.

Nun hatten wir den Ort fest in unserer Hand, über 3000 Gefangene, 22 Maschinengewehre, 2 Revolverkanonen, einige hundert Tragtiere und nicht zu übersehende Beute waren unser.

Nach 2 Stunden rückten die Oesterreicher ein und übernahmen die Sicherungen. Nun konnten die Jäger sich aus den reichlich erbeuteten Vorräten ein wohlverdientes Festessen leisten und sich in Ruhe des schönen Erfolges freuen, zumal frisches und schneidiges Draufgehen eigene Verluste erspart hatte.

Diesen Tag war uns ein Weidmannsheil beschieden, wie wir es uns auch für die Zukunft wünschen möchten."

Der österreichische Bericht.

(Amtliche Meldung vom 17. Januar.)

Zwischen der Brenta und dem Monte Pertica beschränkte der Gegner seine Gefechtstätigkeit nach dem erfolglosen verlustreichen Angriff der Vortage auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann gefangen eingebracht.

Die neuen Kämpfe an der Brenta.

(W) Aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Kampfraum östlich der Brenta stand die ganze Nacht zum 15. 1. wiederum unter schwerem Feuer der Italiener, das sich bereits in den Morgenstunden zur größten Heftigkeit steigerte. Erst am Nachmittag führte der Italiener neuerlich seine Infanteriemassen zum Sturm gegen den Monte Pertica dreimal vor. Zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags brandeten seine Anstürme umsonst gegen unsere Stellungen. Ebenso wie hier vermochte auch in der Nacht zum 15. 1. ein nach heftiger Beschießung unserer Linien gegen den Col del Rosso angesetzter Angriff, der bereits durch Artillerie-, Sperr- und Handgranatenfeuer abgewiesen wurde, Erfolge nicht zu erzielen. Ein bei Bersanin versuchter Vorstoß wurde im Gegenstoß abgewiesen. Schönes Wetter bei zunehmender Temperatur begünstigte die rege Fliegertätigkeit. Zwei feindliche Flieger wurden zur Notlandung gezwungen.

Die italienischen Kammersozialisten für Friedensverhandlungen.

(TU) Das „Giornale d'Italia" teilt als Ergebnis der gestrigen Sitzung der parlamentarischen Sozialisten mit: Sie erneuerten bei der Kammer ihre jüngste Forderung auf sofortige Einberufung der Kammer und auf die Anknüpfung von Friedensverhandlungen.

7 Schiffe versenkt.

(W) Amtlich wird gemeldet: Eines unserer U-Boote hat kürzlich an der Westküste Englands 4 Dampfer, 1 französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer versenkt. Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung in den für starke U-Bootsabwehr besonders geeigneten Gewässern der irischen See und des Bristolkanals durchgeschickten Angriff vernichtet. Hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer. Sämtliche Dampfer waren bewaffnet. Un er ihnen konnten die englischen Dampfer „Elms Leaf" und „Boston City" festgestellt werden. Von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohle, der andere, anscheinend von der Größe des englischen Dampfers „Egremont Castel" (5294 T.) Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung B. E. 696.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Emdenkapitän Müller in Holland.

(TU) Von den in Amsterdam angekommenen deutschen Kriegsgefangenen aus England erregt Fregattenkapitän von Müller von der „Emden" große Aufmerksamkeit. Im „Maasbode" wird daran erinnert, daß Herr von Müller bei allen Versenkungen von Kauffahrteischiffen stets Sorge für die Menschenleben trug, so daß ihm die Engländer seinen Degen ließen. Es sei nun die Frage, wie die niederländische Regierung gegenüber dieser Auszeichnung sich verhalten werde, denn internierte Militärs müßten ihre Waffen abgeben. Soweit das Blatt Informationen von befugter Seite erhalten konnte, ist noch keine Entscheidung in dieser Angelegenheit getroffen worden, da die holländische Regierung erst bei der Ankunft der Schiffe im Rotterdamschen Hafen von der Auszeichnung des Fregattenkapitäns Müller Kenntnis erhalten hatte.

*

Die Kohlennot in den Vereinigten Staaten.

(W) Um dem Kohlenmangel abzuhelfen, wurde angeordnet, daß alle Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, soweit sie nicht Lebensmittel erzeugen, 5 Tage lang geschlossen bleiben sollen. Es verlautet, daß die Regierung alle Fabrikanlagen mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel erzeugen, 10 Wochen lang jeden Monat außer Betrieb setzen wird. Diese Verfügung bezieht sich auf alle Staaten östlich des Mississippi, ferner auf Minnesota und Louisiana. Sie tritt am 17. 1. in Kraft. Wilson erteilte dieser Verfügung seine Genehmigung. Die Geschäftsgebäude dürfen 5 Tage in der Woche geheizt werden, müssen aber jeden Montag und Feiertag geschlossen bleiben.

(W) In Ergänzung der Verordnung über Kohlenersparnis wird aus Washington gemeldet: Die Theater bleiben in den nächsten 5 Montagen geschlossen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmung des Lebensmittelkontrollgesetzes, die für die neue Verordnung Geltung hat, den Verbrauch oder die Abgabe von Kohlen im Widerspruch zu den Regulierungsbestimmungen der Regierung bei Strafe von 5000 Dollar verbietet. Die neue Maßnahme wird binnen 10 Wochen schätzungsweise 30 Millionen Tonnen Ersparnis bringen.

Die Unruhen in Spanien.

(TU) El Sol meldet: Bei den Unruhen in Malaga mußten die Truppen von der Waffe Gebrauch machen. Es gab einige Tote und zahlreiche Verwundete. Die Lage wird als äußerst ernst bezeichnet.

Die 8. Kriegsanleihe.

(bb) Wie die „München-Augsb. Abendztg." aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat das Reichsschatzamt alle Vorbereitungen getroffen für die 8. deutsche Kriegsanleihe, die im März aufgelegt werden soll.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Chefs des Admiralstabes und den des Chefs des Militärkabinetts. Am 16. 1. abends empfing Seine Majestät den neuernannten Chef des Zivilkabinetts, den bisherigen Oberpräsidenten von Berg, zur Meldung.

Wie der „Lokalanzeiger" erfährt, dürfte der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini noch weitere Veränderungen nach sich ziehen.

In österreichischen Abgeordnetenkreisen herrscht das Bestreben, den für den 22. 1. einberufenen Reichsrat zu verschieben, da eine Auswirkung der Verhandlungen in Brest-Litowsk und der Erregung wegen der Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus befürchtet wird.

Auf Anordnung des Obersten Gerichtsherrn ist Herr von Lustig, der bekanntlich während des Krieges wirtschaftlicher Adjutant des ungarischen Kriegsministers Krobatin war, und in dem bekannten Prozeß seine aufsehenerregenden Aussagen machte, dann selbst wegen seiner Tätigkeit im Kriegsministerium und in Berlin in Untersuchung gezogen wurde, aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen Rittmeister von Lustig wird ausgesetzt.

Nach einem Telegramm des „Tageblattes" von Lugano beginnt voraussichtlich die Pariser Konferenz am 21. 1. und dauert bis zum 24. 1. Auf seiner Rückreise nach Rom wird Orlando am 27. 1. in Mailand eine große Volksrede halten.

Der Deputierte Loustelot ist, wie die Agence Havas meldet, verhaftet worden.

(bb) Die Regierung der Vereinigten Staaten beschloß, die Kontrolle über die gesamte Petroleumindustrie, einschließlich der Pipe-Lines-Lager und der Nebenprodukte zu übernehmen.

Einem Stockholmer Sondertelegramm der Zeitung Aftenposten zufolge soll in nächster Zeit eine neue skandinavische Königszusammenkunft in Stockholm stattfinden.

*

Herrenhaus.

In der Sitzung vom 16. Januar war der Antrag des Grafen v. Behr-Behrenhoff und des Grafen v. York betreffend den Friedensschluß eingegangen.

Sodann wurde einer Vorlage betreffend Aenderung der Landgerichtsbezirke Dinslaken, Oberhausen und Duisburg-Ruhrort ferner betreffs Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer der Oberlandesgerichte für Knappschaftsangelegenheiten Berlin und Breslau zugestimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des 17. Januar erklärt Graf York v. Wartenburg, daß der Hauptausschuß des Reichstages gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen hat, mit Rücksicht auf die Verhandlungen Brest-Litowsk von einer Besprechung der mit der auswärtigen Politik zusammenhängenden Angelegenheiten abzusehen. In Anbetracht dessen halten beide Mitunterzeichner meines Antrages und ich uns für verpflichtet, an den Präsidenten die Bitte zu richten, den Antrag nicht auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen. Auf künftige Verhandlungen zu einem geeigneteren Zeitpunkt verzichten wir darum nicht.

Die Verordnung vom 30. August 1917 betreffend den Erwerb von Kriegsanleihe-Stiftungen wird genehmigt; ebenso werden zur erfolgreichen Bekämpfung der Malaria und des Wechselfiebers im Regierungsbezirk Allenstein erlassenen Verordnungen vom 3. Dezember 1917 genehmigt. Nach Erledigung von Petitionen vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung unbestimmt.

Westfalen u. Rheinland.

Unna, 18. Jan. **(Gestorben.)** Der am Sonntag mittag auf der hiesigen Bahnhofstraße durch Revolverschüsse verletzte Feldwebelleutnant Bierhoff ist an den erlittenen Verletzungen gestorben. — Wie wir noch in der Angelegenheit erfahren, hat die Militärbehörde die Untersuchung der Angelegenheit dem Zivilgericht übertragen.

Unna, 17 Jan. **(Die Wasserwurst.)** Die Metzgersfrau Bultoff in Unna brachte Leberwurst mit 75 Prozent Wassergehalt zu 1,10 Mark das Pfund in den Handel. Das Schöffengericht hielt keine Nahrungsmittelfälschung für vorliegend, sondern stellte lediglich eine Ueberschreitung des Höchstpreises fest, weil die Wurst mit 1,10 Mark das Pfund überreichlich bezahlt gewesen sei. Die Angeklagte, die die Fabrikation der Wasserwurst hatte fortsetzen lassen und sie nun für 2 Mark verkaufte, kam wieder vor das Schöffengericht, und es verurteilte die Frau dieses Mal wegen Nahrungsmittelfälschung zu 150 Mark Geldstrafe. Gegen beide Urteile hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Strafkammer hob, wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, das erste Schöffengerichtsurteil auf und erkannte wegen Nahrungsmittelfälschung auf 300 Mark Geldstrafe.

** **Hamm**, 16. Jan. **(Schwindlerin verhaftet.)** Seit einigen Tagen verkaufte hier eine sehr sicher auftretende Frauensperson Eintrittskarten für ein Blindenkonzert, das angeblich am 18. ds. Mts. stattfinden sollte. Schließlich interessierte sich die Polizei für das unangemeldete Konzert und stellte fest, daß es sich um einen Schwindel handelte. Die Kartenverkäuferin, eine frühere Bürogehilfin namens Gabrecht aus Hagen, wurde verhaftet. Die Schwindlerin wird von der Staatsanwaltschaft in Hagen auch wegen Diebstahls brieflich verfolgt. In Arnsberg sind vor kurzem von einer spurlos verschwundenen „Dame" ebenfalls Karten für ein Blindenkonzert vertrieben worden. Wahrscheinlich kommt auch dort die Gabrecht als Täterin in Frage.

Brackel, 17. Jan. **(Wasserschäden.)** Infolge des eingetretenen Tauwetters und des in der Dienstag-Nacht niedergegangenen Regens strömten große Wassermengen aus der hochgelegenen südlichen Feldmark in unser Dorf ein. Die vorhandenen Kanäle waren nicht imstande, die Wassermengen aufzunehmen. Eine Folge war, daß verschiedene Straßen überschwemmt wurden. In die an diesen Straßen niedrig gelegenen Wohnhäuser drang das Wasser in die Kellerräume und in verschiedenen Fällen in den Hausflur ein, überall großen Schaden bringend. Der Betrieb der Straßenbahn wurde durch das Wasser und den mitgeführten Schlamm zeitweilig unterbrochen.

Hövelhof, 17. Jan. **(Die Kuh im Jauchefaß.)** In wie raffinierter Weise der Schleichhandel ausgeübt wird, zeigt folgender Vorfall. An einem Morgen gewahrte der Gendarmeriewachtmeister Bodden auf einem Dienstgange, wie der Landwirt F. von hier auf seinem Hofe ein Jauchefaß füllte. Nachdem die Füllung vorgenommen war, trat der rührige Beamte hinzu und untersuchte den Inhalt, worauf das Fleisch einer geschlachteten Kuh zutage gefördert wurde. Dies war für eine Wirtschaft im benachbarten Sennelager bestimmt.

„—" **Duisburg**, 16. Jan. **Während eines Streites** streckte der Pferdemetzger Dunker aus Mülheim (Ruhr) seinen Gegner, den Invaliden Reink aus Bochum, sowie seinen Verfolger, den Scherenschleifer Wasel aus Duisburg durch Revolverschüsse nieder. Beide wurden schwer, Wasel tödlich verletzt. Ein Soldat stellte den Täter mit seinem Gewehr, worauf die Festnahme erfolgte.

Köln, 17. Jan. **(Der Schwindel mit dem Kupferdraht.)** Ein Kinooperateur und ein Pianist verkauften einem hiesigen Ingenieur Rollen mit verzinktem Draht als Kupferdraht. Die Rollen waren sauber maschinenmäßig verwickelt und an den Enden ragten Kupferdrähte heraus, um den Anschein wachzurufen, als enthielten sie nur dieses Metall. Die Gauner erhielten 14 000 Mk., und dann bemerkte der Operateur, daß er am Südbahnhof und am Gereon noch mehrere tausend Meter liegen habe. Die Ware werde aber nur herausgabt, wenn voraus weitere 9000 Mark gezahlt würden. Rasch wurde ein Auto bestiegen, um zu dem Bahnhof zu fahren. Kurz vor dem Ziel hatte der Vermittler in einem Hause noch etwas zu besorgen, stieg aus und verschwand mit dem Gelde auf Nimmerwiedersehen.

Kleve, 15. Jan. **Ihr eigenes Kind verscharrt** hatte die 29 Jahre alte Haushälterin Katharina Fr. aus Issum. Das Mädchen hatte in aller Heimlichkeit ein Kind geboren, das, wie sie angibt, als sie aus tiefer Ohnmacht erwachte, tot neben ihr gelegen habe. Um die Schande zu vertuschen, hat sie das Neugeborene dann verscharrt. Die Sache kam aber ans Tageslicht, und die Untersuchung der Kindesleiche ergab, daß das Kind gelebt hat. Die Mutter hatte aber für ihre Niederkunft keine Vorkehrungen getroffen, und hierin wurde die Ursache des Todes des Kindes erblickt. Vor der Klever Strafkammer hatte sich die Fr. wegen fahrlässiger Kindestötung zu verantworten. Die Angeklagte wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur 14 Tage Gefängnis beantragt.

Weitere Kriegsnachrichten.

Ein volles Einvernehmen in den Ostfragen.

(TU) **Berlin**, 17. Jan. Zu den Konferenzen zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung erfährt die „Tägl. Rundschau", daß ein volles Einvernehmen dahin erzielt worden ist, daß die Regelung der gesamten Ostfragen als ein einheitliches Ganzes betrachtet wird, und daß daher die litauische, kurländische und polnische Frage ineinander übergehen. Damit ist eine einheitliche deutsch-österreichische Front gegenüber Rußland gegeben. Diese Front wird sich auf die berufenen derzeitigen Vertretungen Litauens, Kurlands und Polens stützen, deren einheitliche Willenserklärung vorliegt, die, so sagt das Blatt, nicht wieder umgestoßen werden könne. Ebenso war ein volles Einverständnis darüber vorhanden, daß auch nach Westen hin neue Sicherungen gesucht werden müssen. Ob und inwieweit diese Sicherungen territoriale Defensivmaßnahmen unumgänglich notwendig machen, wird davon abhängen, wie weit unsere Feinde uns zu ihnen zwingen. Je größer die Opfer sind, die uns zur Selbstbehauptung aufgezwungen werden, je stärker also die gegen uns gerichteten Drohungen sich erweitern, um so größer und nachdrücklicher werden die Garantien werden müssen, die uns vor der Wiederkehr einer solchen Daseinsgefährdung sicherstellen. Deutschland wird die ihm unbestreitbare militärische Sicherheit erhalten, ohne den Boden des Rechts zu verlassen.

Der Wechsel im Zivilkabinett.

TU **Berlin**, 17. Jan. Wie die „Kreuz-Zeitung" aus guter Quelle erfährt, ist der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, Geh. Kabinettsrat von Valentini, aus seinem Amte ausgeschieden. Zu seinem Nachfolger ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Exzellenz von Berg, ernannt worden.

Weshalb Bayern einen besonderen Vertreter in Brest-Litowsk hat.

TU **Berlin**, 17. Jan. Der bevorstehenden Entsendung des königlich bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Grafen von Podewils nach Brest-Litowsk liegt, wie die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Versailler Uebereinkunft vom 31. Dezember 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preußischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskriege geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern zugezogen werden soll.

Die Kündigung zugestellt.

TU **Rotterdam**, 17. Jan. „Daily Chronicle" meldet aus Petersburg: Die russischen Behörden haben den in Kischinew errichteten rumänischen Regierungsbüros die Kündigung zum 31. Januar zugestellt. An diesem Tage haben auch alle zurzeit in Rußland weilenden rumänischen Regierungsbehörden das russische Staatsgebiet zu verlassen.

Tauschhandel an der russischen Front.

(TU) **Wien**, 17. Jan. Eine Meldung aus Arad besagt, daß der Kommandeur der 7. Armee die Arader verständigte, daß ein Tauschhandel an der russischen Front eröffnet ist. Eine große Menge Taschenuhren, Uhrketten, Federmesser, Rastermesser, Taschenspiegel, Zigarrettenspitzen, Brieftaschen, Briefumschläge, Spielkarten, Ansichtskarten, elektrische Taschenlampen und Haarschneidewerkzeuge werden angefordert. Gegen diese Gegenstände würden die Russen Lebensmittel in großen Mengen austauschen.

Der Fall Caillaux.

TU **Genf**, 17. Jan. Dem „Matin" zufolge hat Caillaux gegen den Haftbefehl des Untersuchungsrichters Beschwerde eingelegt. Clemenceau läßt in der Presse erklären, die Depesche Lansings, die die Verhaftung Caillaux' veranlaßte, werde veröffentlicht werden.

Zusammenstoß zweier Berliner Nordringzüge.

TU **Berlin, 17. Jan. Gestern abend nach ½8 Uhr ereignete sich zwischen den Stationen Westend und Jungfernheide der Berliner Stadtbahn ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Nordring-Zügen. Bei dem Zusammenstoß wurden nicht nur mehrere Wagen zertrümmert, sondern auch etwa 40 Personen leicht und 8 schwer verletzt.**

Hochwasser und Ueberschwemmungsschäden.

(TU) **Bingen**, 17. Jan. Die Nahe hat auf weite Strecken das Land überschwemmt. Bei Dietersheim ist der Damm gebrochen. Das Wasser hat einen Teil des Ortes überschwemmt. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften und die Militärfeuerwehr in Bingen wurden zur Hilfeleistung herangezogen. Die Einwohner sind auf die Dächer geflüchtet und werden mit Mühe aus ihrer Lage befreit. Es ist noch ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten. Auch an anderen Stellen sind Dammbrüche vorgekommen. Der Rhein ist in den letzten 24 Stunden um mehr als einen halben Meter gestiegen.

(TU) **Eschwege**, 17. Jan. Infolge der durch die anhaltenden Regenfälle entstandenen Schneeschmelze auf den Werrabergen führt die Werra Hochwasser und hat die Täler überschwemmt. Der Verkehr auf der Eisenbahnteilstrecke Leinefelde—Treysa der Berlin—Koblenzer Bahn ist unterbrochen.

Aus aller Welt.

Vorsicht gegenüber Kaffee-Ersatz.

Was alles als Kaffee-Ersatz für teures Geld auf den Markt kommt und nicht zuletzt gewissen Stadtverwaltungen angedreht wird, spottet der Beschreibung. Die Nahrungsmittelkontrolle scheint da völlig zu versagen. Daß aber die Bevölkerung kauft, dafür sorgen gewisse kleine Mittelchen der Verängstigung, die von Interessenten in die Oeffentlichkeit gebracht werden, so der Hinweis auf eine demnächstige große Knappheit in Kaffee-Ersatz. Da schreibt z. B. eine Fachzeitung: „Dem Kleinhandel ist dringend anzuraten, sich bis zur vorgesehenen Frist noch mit markenfreiem Kaffee-Ersatz zu versehen und diesen dem Publikum unter Hinweis auf die spätere Knappheit der amtlich zur Verteilung kommenden Menge bis zum 15. März anzubieten. Das tun sogar vorsorgende Kommunalverbände. Sie erweisen damit der Bevölkerung einen wesentlichen Dienst. Das gleiche ist natürlich der Fall für den einschlägigen Kleinhandel, dem ohnehin wiederum eine mäßige Verdienstquelle entgeht, wenn die rationierten Mengen knapp werden, was sie übrigens jetzt schon sind."

„Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen glaubt dem Kleinhandel einen weit besseren Dienst zu erweisen, wenn er ihn vor der Befolgung dieses vielleicht gut gemeinten Rates warnt. „Gebranntes Kind scheut das Feuer!" Die Verbraucher sind gar nicht so sehr bereit, von dem augenblicklichen starken Angebot von marken- und höchstpreisfreiem Kaffee-Ersatz Gebrauch zu machen, sie sehen auch in der Zuteilung der undefinierbaren Kaffee-Ersatz-Mischungen durch die Gemeinden durchaus keine Vorsorge, sondern sie fühlen sich im Gegenteil übervorteilt, da sie für einen unverhältnismäßig hohen Preis ein ungenießbares Gemisch bekommen, auf das sie gern verzichten. Wenn der Kleinhandel dem Rate der Tageszeitung für Nahrungsmittel folgt, setzt er sich der Gefahr aus, die beschafften Mengen nicht bis zum 15. März absetzen zu können, er würde dann also einen großen Verlust erleiden. Deshalb: Zurückhaltung bei der Eindeckung mit Kaffee-Ersatz, es sei denn, daß man sich durch sehr eingehende Proben von der zweifellosen Güte überzeugt hat!"

*

— **Eine Millionengründung im deutsche. Fleischergewerbe?** Wie die Deutsche Fleischerzeitung zu melden weiß, sind in Berlin Bestrebungen im Gange, in Gemeinschaft mit den großen Wurst- und Fleischkonservenfabriken eine Fleischversorgungs-Aktiengesellschaft mit angeblich 40 Millionen Mark Grundkapital zu gründen.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

Unsere Kellerkommission ist damit beschäftigt, **Vorratsrevisionen** an den eingekellerten Kartoffelmengen vorzunehmen. Hierbei ist festgestellt, daß einzelne Familien die Kartoffeln nicht nur nicht ordnungsmäßig aufbewahrt, sondern auch über den Tagessatz hinaus verzehrt haben. Ganz besonders unverantwortlich hat eine Familie in der Nonnstraße mit ihren Vorräten gewirtschaftet. Abgesehen von den ohne Anrechnung bezogenen Frühkartoffeln, hat der aus sechs Köpfen bestehende Haushalt nach dem 1. Oktober vorigen Jahres — einschließlich 8 Zentner Saatkartoffeln — 27,50 Zentner Kartoffeln erhalten. Diese große Menge ist bis auf einen kleinen Rest in knapp drei Monaten verbraucht worden.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß die durch nachlässige Behandlung oder unzulässigen Mehrverbrauch entstandenen Ausfälle nicht zum Nachteile der Allgemeinheit ersetzt werden können. Das verbietet uns schon die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Vorräte. Wir werden allen denjenigen Haushaltungen den Rest der Kartoffeln abnehmen, welche ihre Aufbewahrungspflicht verletzt bezw. über die zulässige Menge hinaus Speisekartoffeln verbraucht haben. In allen Fällen wird die Bekanntgabe der Namen dieser Familien in der Presse erfolgen.

Verschiedene Familien, die **Kartoffeln auf Kredit** erhalten haben, sind mit der Abtragung der Schuld im Rückstande geblieben, indem sie trotz Aufforderung zu den letzten Zahlterminen nicht erschienen sind. Falls auch bis Ende dieses Monats keine Teilzahlungen geleistet sind, sehen wir uns gezwungen, diesen Familien die Kartoffeln wieder abzunehmen und sie außerdem von der weiteren Kartoffelversorgung auszuschließen.

Die **Auszahlung der Schnelligkeitsprämie** wird von nächster Woche ab stattfinden, obschon der Stadt die Prämie seitens des Staates bisher nicht gezahlt ist. Näheres hierüber folgt noch. 160

„Deutschland, über alles!"
Warum nicht auch über unsere kleinen und großen Eitelkeiten und Familienschätze?
Sind die mehr und wertvoller als unsere Ziele und Träume?

Es gibt ein Glück.

Roman von H. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

(38. Fortsetzung.)

Auch diese beiden Räume besichtigte der alte Herr. Er sah Henner mit einer gewissen Rührung an.

„Sie sind außerordentlich bescheiden geworden in Ihren Ansprüchen, mein lieber Junge."

Um Henners Mund zuckte es wieder wie Selbstironie.

„Man macht aus der Not eine Tugend, Herr v. Steinau."

„Ja, ja. Aber dies wunderschöne alte Schloß darf nicht verfallen. Hier muß bald etwas geschehen. Wenn ich länger Zeit habe, dann müssen wir mal den ganzen Bau besichtigen. Wie ist es denn, Henner, haben Sie vielleicht die Pläne und Entwürfe noch von damals, wo Tellenburg renoviert werden sollte?"

Der junge Mann nickte.

„Ja — die besitze ich noch. Ich weiß nur im Augenblick nicht, wo ich sie verwahre."

„Gnädiger Herr verzeihen — sie liegen in der Truhe im Arbeitszimmer," sagte Kulitz.

Henner nickte ihm zu.

„Sie wissen ja in allem besser Bescheid als ich, Kulitz."

„Na also, die Pläne müssen Sie mal herauskramen. Wir müssen sie mal gemeinsam betrachten. Aber nun wollen wir uns auf den Weg nach Waldeck machen."

Die Herren stiegen in den Wagen und Kulitz schloß den Schlag. Er sah ihnen mit einem frohen Ausdruck nach. Es war ihm eine Freude, daß sein Herr sich nicht mehr wie ein Einsiedler von allen Menschen zurückhielt. Jetzt war ihm nicht mehr so bange um ihn.

Vergnügt, ein Liedchen pfeifend, ging er an seine Arbeit.

Jobst v. Steinau berichtete Henner unterwegs, daß gestern nachmittag Frau v. Ribnitz mit Rose-Marie und Heinz in Steinau gewesen waren. Und er war noch ganz aufgeregt und außer sich über das, was ihm Rose-Marie gesagt hatte. Er machte seinem Unwillen Luft.

„Denken Sie sich nur, Henner, welche Blüten die Schwarzseherei der Frau v. Ribnitz treibt. Sie ist so töricht gewesen, Rose-Marie zu sagen, daß sie jung sterben muß, wenn sie heiratet. So ein heilloser Unsinn! Ich bin fuchsteufelswild und werde bei nächster Gelegenheit Frau v. Ribnitz mal gehörig meine Meinung sagen."

Aufmerksam hatte Henner zugehört und sein Verdacht gegen Frau v. Ribnitz verstärkte sich. Diese scheinbare Torheit der sonst so klugen Frau ließ doch zu deutlich eine bestimmte Absicht durchschimmern. Herr von Steinau merkte anscheinend in seiner grundehrlichen Harmlosigkeit noch immer nichts und glaubte noch immer nur an eine bis zur Unklugheit übertriebene Aengstlichkeit. Henner konnte und wollte jedoch seinem Verdacht noch nicht Worte geben. Er hatte ja noch keine Beweise, daß sein Mißtrauen begründet war, und auf einen bloßen Verdacht hin spricht man keine Anschuldigung aus. Henner beschloß, die Augen offen zu halten, aber nicht von seiner Vermutung zu sprechen. So sagte er nur:

„Da Frau v. Ribnitz Fräulein v. Waldeck bereits diese niederdrückende Mitteilung gemacht hat, ist leider daran nichts mehr zu ändern, auch mit Vorwürfen nicht. Ich glaube, es ist nötiger und wirksamer, wenn man die junge Dame dahin beeinflußt, den ängstlichen Worten ihrer Tante kein Gewicht beizulegen. Man müßte ihr gewissermaßen neuen Lebensmut suggerieren und die Wirkung dieser allerdings unverzeihlichen Aeußerung abschwächen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln."

Mit energischem Kopfnicken legte der alte Herr seine Hand auf Henners Arm.

„Richtig! Damit habe ich gestern schon angefangen. Es wird jetzt mein Hauptbestreben sein, dem Einfluß Tante Hertas möglichst entgegenzuarbeiten. Zu lange schon habe ich untätig zugesehen und die Dinge laufen lassen. Und Sie müssen mit helfen, Henner. Ich hoffe viel von Ihrem Verkehr in Waldeck. Uebrigens weiß Rose-Marie, daß wir kommen. Sie freut sich sehr. Und ganz genau wollte sie wissen, was Sie über sie gesagt haben. Na, ich habe ihr nichts von Ihrer Meinung verschwiegen, wenn sie auch nicht ahnt, mit welchem Plane wir uns tragen. Sehen Sie, mein lieber Henner, so geht es. Der liebe Gott wird auch diesmal helfen, daß ich drei junge Menschenkinder, die mir lieb sind, fix und fest auf die Füße stelle."

Henner sah ihm mit hellen, warmen Augen ins Gesicht.

„Herr v. Waldeck sagte mir einmal: Jobst v. Steinau ist der geborene Menschenbeglücker, und er hat eine glückliche Hand! So mag Gott helfen, daß Sie auch diesmal eine glückliche Hand haben."

„Ist schon gut, Henner. So — und da hält unser Wagen vor der verschlossenen Pforte zum Dornröschenschloß. Das Parktor von Waldeck ist nämlich stets geschlossen und nicht jeder darf es passieren. Na, den Steinauer Wagen läßt der Pförtner unbesehen durch. Der wird nicht auf Konterbande untersucht. Sonst herrscht hier eine strenge Kontrolle."

Inzwischen wurde das Parktor geöffnet und nun fuhr der Wagen weiter. Die Räder knirschten auf dem kiesbestreuten Wege, der direkt bis zur Freitreppe des Herrenhauses führte. Als der Wagen hier hielt, kam eilig ein Diener herbei und öffnete den Schlag.

Der Diener wußte, daß Herr v. Steinau stets angenommen wurde.

„Sind die Herrschaften zu Hause?" fragte der alte Herr.

„Sehr wohl, gnädiger Herr."

„Schön! Dann melden Sie mich der gnädigen Frau und dem gnädigen Fräulein und sagen Sie, daß ich einen alten Freund mitbringe."

Der Diener erblickte nun auch Henner von Tellenburg. Er kannte ihn aber nicht, da er erst wenige Jahre in Waldeck war. Diensteifrig schoß er davon, nachdem er die beiden Herren hatte eintreten lassen.

Herta v. Ribnitz saß mit Rose-Marie und Heinz in einem traulichen, behaglich eingerichteten Zimmer, in dem man sich viel aufhielt. Sie hatte bereits einen anstrengenden Ritt hinter sich und gönnte sich ein seltenes Rubestündchen, um mit Sohn und Nichte zu plaudern.

Als der Diener seine Meldung vorbrachte, horchte sie wohl etwas erstaunt auf, als von dem „alten Freund" die Rede war. Hätte sie geahnt, daß dieser „alte Freund" ein junger und noch dazu Henner Tellenburg war, so hätte sie sicher nicht so freundlich gesagt:

„Wir lassen bitten. Führen Sie die Herren hierher."

(Fortsetzung folgt.)

* * *

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 18. Jan. **(Verschiedenes.)** Eine Ware, die in **Gefäße bestimmter Größe** verpackt zu werden pflegt (z. B. Heringe in Tonnen), wird meistens nach dem Gefäß, aber vielfach mit dem Zusatz: „enthaltend etwa . . Stück" verkauft. Haben nun (um bei den Heringen zu bleiben) die gelieferten Gefäße tatsächlich eine geringere Stückzahl enthalten und auch nur enthalten können, weil die einzelnen Heringe größer waren, als sie hätten sein können, wenn die angegebene Zahl in den Tonnen untergebracht worden wäre, so wird in der Regel durch die Lieferung der geringeren Stückzahl der Käufer nicht geschädigt worden sein, da die gelieferten größeren Heringe, wenn sie sonst der vereinbarten Qualität entsprachen, entsprechend wertvoller waren als die kleineren, die eigentlich hätten geliefert werden sollen. In diesem Sinne spricht sich eine Reichsgerichts-Entscheidung aus.

(Kamener ✠ Ehrentafel.) Wieder können wir von einem Sohne unserer Stadt berichten, der mit dem Eisernen Kreuz **erster** Klasse ausgezeichnet wurde. Der Unteroffizier Adolf von der Heide, Sohn der Wwe von der Heide, Rottstraße, rückte in den ersten Kriegstagen als Kriegsfreiwilliger aus und zeichnete sich schon bald durch Umsicht, Mut und Entschlossenheit aus. Im Jahre 1915 erhielt er das Eiserne Kreuz 2. Klasse und wurde auch bald zum Unteroffizier befördert. Am 24. Dezember erhielt er nun, nachdem er im Osten und Westen an den Kämpfen teilgenommen, wegen besonderer Leistungen vor dem Feinde das Eiserne Kreuz erster Klasse.

*

Die Abgabe getragener Kleidung.

Wie man vielfach aus Aeußerungen in der Presse ersehen kann, läßt die Abgabe getragener Kleidung trotz aller Ermahnungen in manchen Städten noch immer zu wünschen übrig. Das ist um so bedauerlicher, als die abgetragene Kleidung vor allem für die minderbemittelte Bevölkerung in erster Linie für entlassene Krieger zur Wiederverarbeitung kommen soll. Bei den hohen Preisen sind viele garnicht in der Lage, neue Kleidungsstücke zu erwerben. Dabei verfügen viele Angehörige der wohlhabenden Stände über alte Bekleidungsgegenstände, für die sie gar keine Verwendung mehr haben. Aus reiner Bequemlichkeit aber scheuen sie davor zurück, den Weg nach der Altkleiderstelle anzutreten und lassen die Sachen lieber in den Schränken hängen. Das Gemeinsamkeitsgefühl ist bei diesen Volksgenossen leider noch nicht genügend entwickelt. Selbst Angesichts der Opfer, die von unseren Brüdern an der Front täglich und stündlich gebracht werden, fühlen sie nicht die geringste Veranlassung, auch ihrerseits ein wenig dazu beizutragen, das Vaterland in seinem wirtschaftlichen Kampf zu unterstützen. Ein solches beschämendes Verhalten kann man gerade bei den Schichten der Bevölkerung beobachten, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch den Krieg keinerlei ungünstige Veränderung erfahren haben. Sie aber haben in aller erster Linie die Pflicht, die Lage ihrer bedürftigen Mitbürger lindern zu helfen. Die Streckung unserer Vorräte an Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren die durch die Abgabe getragener Kleidung wesentlich gefördert wird, ist wie schon oftmals ausgeführt worden ist, eine der wichtigsten Kriegsaufgaben der Bevölkerung im Inlande. Durch die Bestimmungen der Reichsbekleidungsstelle sind die Preise, die für abgegebene Altkleider gezahlt werden, so wesentlich erhöht worden, daß jedermann ohne Schaden seine entbehrlichen Altsachen abliefern kann. Ein besonderes Opfer bedeutet also diese Gabe nicht; vielmehr ist es die Pflicht eines jeden, der entbehrliche Kleidungsstücke besitzt, sie der Allgemeinheit zuzuführen. Nur, wenn jedermann im großen und im kleinen in jeder Hinsicht seine Pflicht tut, ist unser wirtschaftliches Durchhalten in diesem Kriege gewährleistet.

*

(Nur noch 125 Gramm Seifenpulver.) Nach einer im Reichsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung werden auf die Seifenkarte neben 50 Gramm Feinseife nicht mehr 250, sondern nur noch 125 Gramm Seifenpulver abgegeben. Begründet wird die eingreifende Maßnahme mit dem Hinweis darauf, daß die für Seifenpulver nötigen Sodamengen fast ausschließlich von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden.

*

Unterdrückung des Schleichhandels.

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes von Waldow fand eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Militär- und Zivilbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke statt. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht des Staatssekretärs uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis eines großen Teiles der Betriebe zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsse. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie, soll die Grundsätze aufstellen, nach denen an Stelle der Sonderversorgung aus dem Schleichhandel eine Belieferung der Arbeiterschaft auf legalem Wege zu treten hat, damit ihre Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig wurde man sich darüber eins, daß die Bereitstellung der zur legalen Belieferung notwendigen Lebensmittel die sofortige Unterdrückung des Schleichhandels zur Voraussetzung hat. Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die gleiche Angelegenheit wird in der nächsten Woche stattfinden.

*

(Das Zweieinhalb-Pfennig-Stück.) Durch die Einführung von Postwertzeichen im Werte von sieben und einem halben Pfennig ist es notwendig geworden, auch eine Münze zu schaffen, die den Erwerb eines einzelnen solchen Postwertzeichens ermöglicht. Es wurde daher die Einführung einer neuen Münze im Werte von zweieinhalb Pfennig beschlossen. Von der Durchführung dieses Beschlusses wird aber laut „Tägl. Rundsch." einstweilen Abstand genommen werden müssen, weil die für eine solche Münze in Betracht kommenden Metalle zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Das neue Stück wird mithin erst nach dem Kriege zur Ausprägung gelangen. Mit seinem Erscheinen im Zahlungsverkehr wird das 2-Pfg.-Stück entbehrlich, da es zwecklos ist, zwei Münzen, deren Zahlwert so dicht beieinander liegt, gleichzeitig im Verkehr zu haben. Auch kann das 1-Pfg.-Stück bei ausreichender Prägung das 2-Pfg.-Stück vollkommen ersetzen.

Die Handelskammer für den Wuppertaler Industriebezirk hatte sich an den Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels in Berlin gewandt und auf die völlig unzureichende **Zuteilung von Schuhwaren** für die beiden Wupperstädte Barmen und Elberfeld hingewiesen. Der Hauptverteilungsausschuß hat geantwortet, daß der für das Wuppertal geschilderte Notstand an Schuhwaren im ganzen Deutschen Reiche der gleiche sei. Da die Militärverwaltung für ihre Zwecke fast alles fertig werdende Leder in Anspruch nehme, **bleibe für die Zivilbevölkerung so gut wie nichts mehr übrig.** Das wenige Leder müsse an die Schuhgeschäfte Deutschlands gleichmäßig verteilt werden. Besondere Ausnahmen würden nur gemacht für die Arbeiter kriegswichtiger Betriebe, wenn die Notwendigkeit einer Sonderzuteilung durch die Gewerbeinspektion und das Kriegsamt entsprechend begutachtet werde. Der Hauptverteilungsausschuß sei deshalb nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen.

Kamen, 18. Jan. **(Schöffengericht.)** In der am Donnerstag, den 10. Januar, stattgehabten Schöffensitzung, in welcher Herr Amtsgerichtsrat Kneer den Vorsitz führte und Herr Oberstadtsekretär Floer die Anklage vertrat, wurde in drei Sachen verhandelt.

Wegen Sachbeschädigung waren die Bergleute F. A., F. B., M. G. und der Tagesarbeiter J. G., sämtlich aus Kamen, angeklagt. Sie sollten den Gartenzaun der Bahnhofsanlagen am 19. September 1917, abends gegen 8 Uhr, mutwillig zerstört haben. Durch die Zeugenaussagen wurden die Täter stark belastet, jedoch reichte der Beweis zu einer Verurteilung nicht aus, weshalb die Freisprechung der Angeklagten erfolgen mußte. Der jugendliche Angeklagte F. B., der schon einmal vorbestraft ist, benahm sich in der Verhandlung sehr anmaßend, sodaß er mehrere Male vom Vorsitzenden zurechtgewiesen werden mußte. Das Fürsorgeerziehungsverfahren dürfte gegen ihn eingeleitet werden.

Gegen den Landwirt H. E. aus Oberberge war wegen Vornahme einer Hausschlachtung ohne Genehmigung ein richterlicher Strafbefehl in Höhe von 75 Mark Geldstrafe evtl. 15 Tagen Gefängnis ergangen. E. hatte gegen den Strafbefehl Berufung eingelegt, die insofern von Erfolg war, daß die Strafe auf 50 Mark evtl. 10 Tage Gefängnis ermäßigt wurde.

Sodann hatte sich wegen Diebstahls die Ehefrau J. L. aus Oberaden zu verantworten. Sie sollte im April 1917 der Ehefrau Althändler Edwin Krause zu Weddinghofen 16 Kinderschürzen, 2 Tischtücher und einen Unterrock entwendet haben. Der Diebstahl konnte ihr nicht nachgewiesen werden, jedoch wurde die Angeklagte, die behauptete, die Sachen gefunden zu haben und welche Behauptung ihr nicht widerlegt werden konnte, wegen Fundunterschlagung zu 10 Mark Geldstrafe evtl. 2 Tagen Gefängnis verurteilt.

✠ **Overberge,** 18. Januar. **Das Eiserne Kreuz erster Klasse** wurde dem Leutnant Heinz Muer, früher Lehrer in Overberge, verliehen.

Münthe, 18. Jan. **(Diebstahls-Verdacht.)** Drei Bergleute, die seit längerer Zeit im Verdacht standen, Fleischdiebstähle hier und in der Umgegend ausgeführt zu haben, wurden festgenommen und der Polizeibehörde Pellum zugeführt. Eine bei denselben vorgenommene Haussuchung förderte einen größeren Posten Fleischwaren und sonstige Lebensmittel ans Tageslicht.

Stromberg, 14. Jan. **(Reiche Erbschaft.)** Vor etwa 55 Jahren verließen zwei junge Stromberger, die Brüder Franz und Joseph Rempe, ihre Heimat, um in der neuen Welt ihr Glück zu versuchen; es gelang ihnen das auch gleich vielen Mitgliedern der Familie Griesediek von hier. Besonders Joseph Rempe, der sich in Brasilien ansiedelte und dort viele Kaffeeplantagen erwarb, brachte es laut „Gl." zu großem Reichtum. Der Kreuzkirche in Stromberg machte er vor Jahren schon eine größere Zuwendung (8000 Mark). Seit Jahrzehnten lebte Joseph Rempe in Nizza (Südfrankreich), wo er mehrere Villen besaß. Im Jahre 1916 wurde er von der französischen Regierung ausgewiesen, worauf er seinen Wohnsitz in Genf (Schweiz) nahm. In einem dortigen Hotel ist nun Joseph Rempe diesen Sommer gestorben; einige Monate früher Franz Rempe in München. Da beide Brüder unverheiratet waren, fällt, falls sich kein Testament vorfinden sollte, das Vermögen an acht Verwandte zweiten Grades, die zumeist in Stromberg wohnen. Ueber die Liegenschaften in Brasilien und Frankreich, die das Hauptvermögen darstellen dürften, ist zurzeit nichts Näheres zu erfahren, und es ist auch nichts zu erhalten, weil wir mit beiden Ländern im Kriegszustand sind. Das in München bei der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank hinterlegte Vermögen soll etwa 775 000 Mark betragen. Die erforderlichen Schritte zur Erhebung der Erbschaft sind von den Beteiligten eingeleitet.

Aus aller Welt.

— **Die Konditoren** Rudeck und Schwind in Dresden stellten in einer Badewanne „Eiweißschaumersatz" her und verkauften dieses Erzeugnis zu Wucherpreisen. Sie wurden zu je drei Monaten Gefängnis und Rudeck außerdem zu 30 324 Mark Geldbuße verurteilt. Kann er nicht zahlen, hat er ein weiteres Jahr zu verbüßen.

— **Ein Gaunerstreich,** der lebhaft an den Fall des „Hauptmanns von Köpenick" erinnert, wurde in Hameln, wie die „Oelster- und Weserzeitung" schreibt, vor einigen Tagen verübt. Erschien da am Nachmittag im Geschäft des Kaufmanns S. an der Bahnhofstraße ein gutgekleideter Herr, der sich unter Vorlegung eines Ausweises als Kriminalbeamter vorstellte. Er habe, so äußerte er zu der anwesenden Frau S., den Auftrag, nach falschen Zwanzigmarkscheinen zu fahnden, und forderte sie auf, ihm die Kasse vorzuzeigen. Eingeschüchtert durch das sichere Auftreten des angeblichen Geheimpolizisten, kam Frau S. der Aufforderung nach. Der „Beamte" prüfte dann die Scheine, deren einen er als angeblich gefälscht erklärte, und entfernte sich darauf, um am Abend wieder zurückzukehren. Er traf jetzt den Geschäftsinhaber, der beim Hamelner Landsturmbataillon steht, selbst an und bezichtigte ihn, falsche Scheine verausgabt und ferner eine fahnenflüchtige Militärperson beherbergt zu haben. Er sei beauftragt, ihn zu verhaften und die Kasse zu beschlagnahmen. Hierauf rief er zwei Soldaten herein, befahl dem einen, sein Gewehr zu entsichern und gab dem andern einen geladenen Revolver in die Hand, nahm selbst die Kasse an sich und ließ dann seinen „Arrestanten", der von den Soldaten in die Mitte genommen wurde, nach der Wache der alten Kaserne bringen. Hier übergab er den Kaufmann den Wachthabenden und begab sich in Begleitung eines Soldaten nach der neuen Kaserne, von wo er mit einem Feldwebel zurückkehrte, der den Ausweis des „Kriminalisten" ebenfalls für einwandfrei hielt, und ließ S. in Arrest abführen. Am anderen Morgen wurde S. sofort vernommen und stellte sich bald seine völlige Unschuld heraus. Der Herr „Kriminalbeamte" hatte aber inzwischen mit der annähernd 500 Mark enthaltenden Geschäftskasse das Weite gesucht.

— **Der Skandal in Dessau.** Gegen den von seinem Amte zurückgetretenen Oberbürgermeister von Dessau, Dr. Ebeling, ist auf seinen Antrag ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Bei dem wegen Kassettendiebstahls, der die ganze Angelegenheit in Fluß brachte, verhafteten Magistratsassistenten wurden zahlreiche goldene Uhren aus der Goldsammlung gefunden. Der ebenfalls in die Affäre verwickelte Oberstadtsekretär Kampfhenkel hat sich in seiner Gefängniszelle erhängt.

— **Für 4 Millionen Mark Holz eingefroren.** Da an der Ladegrenze auf der Weichsel bereits starker Eisgang eingetreten ist, sind in der Nähe von Wloclawek auf dem offenen Strom gegen 100 Holztraften ungefähr eingefroren. Die Hölzer, im Werte von 4 Millionen Mark, müssen nun aus dem Eise gehauen und ans Ufer geschafft werden.

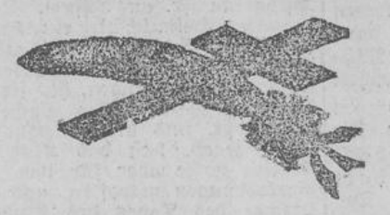
Aus dem Felde.

G.-K.

Salzuflen, den 1. Weihnachtstag 1917.

Die herzlichsten Grüße aus Salzuflen sendet den die lustigen Musketiere Alfred Wiedemann, August Domnick, Kolbe und Bienhold in Di

---



Heute morgen 10 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater und Grossvater, der

Bergwerksdirektor a. D.

Hermann Hohendahl

im Alter von 78 Jahren. 163

Düsseldorf-Obercassel, Kamen, Rhöndorf, Herne, den 16. Januar 1918.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet Samstag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause in Düsseldorf-Obercassel Dominikanerstr. 10 aus statt.



Heute nachm. um 4½ Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden mein guter Sohn, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kötter und Berginvalide

Karl Ledendecker

im Alter von 62 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Methler, Westerbönen, Werve, Bergkamen, Castrop, Frankreich und Galizien, den 16. Januar 1918.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause statt.

Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten, so diene diese als solche. 157

Bekanntmachung.

Die noch nicht zur Einstellung gekommenen, im Amtsbezirk Unna-Kamen wohnenden Militärpflichtigen der Jahrgänge 1896, 1897 und 1898 werden hierdurch aufgefordert, sich bis zum 20. ds. Mts. einschließlich, vormittags 8 bis 12 Uhr, im Amtshaus, Zimmer Nr. 1, Hansastraße 4, unter Vorlage der bereits erhaltenen Militärpapiere zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden.

Bei der Landsturmmusterung als „kriegstauglich" befundene Militärpflichtige sind zu dieser Anmeldung ebenfalls verpflichtet.

Unna, den 15. Januar 1918.

Der Amtmann: Sabaß.

Bücher

sind die beste Liebesgabe für unsere Feldgrauen. - - -

Eine große und gut gewählte Zusammenstellung finden Sie in der Buchhandlung der

Kamener Zeitung.

Evangelischer **Arbeiter-Verein** Oberaden.

General-Versammlung am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale.

Tages-Ordnung:

1. Zahlung und Aufnahme.
2. Rechnungslage.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen bittet 158

Der Vorstand.

Stellen-Angebote

Junges **Mädchen** von 16—18 Jahren 15. Febr. gesucht. 155 Wo, sagt d. Geschst.

Stellen-Gesuche

Für einen Knaben, Waise 15 Jahre alt, wird 15 **Stelle beim Bauer gesucht.** Ist schon in gleicher Stellung auswärts. Angeb. a **Paul Zeps,** Kaiserau bei Kurl Nr. 16

Zu verkaufen

Hochtragendes **Rind** zu verkaufen. 14 **Hiddemann,** Westick.

Guterhaltene **Guitarre** mit Ledertasche zu verkaufen. 14 **H. Thamm,** Gottesbergstraße 1

Miet-Gesuche

Eine Wohnung von 5 großen Räumen oder ein kleines **Einfamilienhaus** pachten oder zu kaufen gesucht. 15 Offert. unt. **A. 100** an die Gesch